

Er erscheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 Mk., fürs  
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

# Sattler-



Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3 gespaltene Petitzeile.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Lederverarbeitungsindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 5/6 .: 32. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-  
straße 10b .: Telephon: Amt Marienplatz, 2120

Berlin, den 8. Februar 1918

Aus den unsern Lesern bekannten Gründen,  
konnte in der Vorwoche unsere Zeitung nicht  
erscheinen.

**Inhalt.** Beitragsienkung. — Die zentralen Verhandlungen in der Lederausstellungsindustrie gescheitert. — Der Wille des Volkes. — Die Zentraltarifskommission für das Lederausstellungsgewerbe Deutschlands. — Bericht der 41. Sitzung der Schlichtungskommission für das Seereschiffahrtsgewerbe Groß-Berlins. — Der Einfluß der Kriegskosten auf die Gesundheit. — Korrespondenzen. — Aus unserem Beruf. — Streiks und Lohnbewegungen. — Rumänien. — Adressenänderungen. — Briefkasten der Redaktion. — Sterbefälle. — Urzeigen.

Für die Wochen vom 3. bis 16. Februar 1918 ist der 6. u. 7. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

## Die zentralen Verhandlungen in der Lederausstellungsindustrie gescheitert.

Am 2. Februar fanden in den Räumen der Berliner Handelskammer unter dem Vorsitzenden der Zentraltarifskommission für das Lederausstellungsgewerbe die ersten Verhandlungen zur Erneuerung des Reichstarifs der genannten Branche statt. Außer den Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen waren die verschiedensten Behörden vertreten, so das preussische, sächsische und württembergische Kriegsministerium, ein Mitglied der heftischen Regierung, ferner das Bekleidungsbeschaffungsbüro, das Wamba, die Artillerieverkstatt und das Kriegsamts. Auf eine allgemeine Generaldebatte wurde verzichtet und gleich in die Spezialberatung eingetreten. Das Wort des Tarifs wurde zeitgemäß geändert. Bei dem Punkt

**Arbeitszeit** konnte man die Beobachtung machen, daß schon bei dem geringfügigen Wunsche, eine Bestimmung des alten Vertrags näher zu deklarieren, also keine Neuforderungen, eine rege Kampfesstimmung auf der Arbeitgeberseite vorhanden war. Durch die ausschlaggebende Stimme des Vorsitzenden wurde entschieden, daß die Bestimmungen des § 1 b etwas erweitert wurden, so daß die Arbeitszeit an den Vorabenden vor den hohen Feiertagen, an Sonnabenden 2 Stunden weniger beträgt und, sofern Weihnachten auf einen Wochentag fällt, wird an dem Vorabend vor diesem Fest 3 Stunden weniger gearbeitet, und zwar ohne Lohnabzug für den Beilohnarbeiter. Die Frage der

**Neuregelung der Mindestlöhne** für Zeitlohnarbeiter brachte die große Debatte. Unsere Organisation forderte die Aufhebung der Kriegszuschläge und die Einrechnung derselben auf die Grundlöhne. Diese Forderung ist einmal dadurch berechtigt, weil die Grundlöhne für alle Sparten dieses Gewerbes sehr gering sind, andererseits für den Abbau der Löhne nach Eintritt einer billigeren Lebenshaltung immer noch die Steuerzuschläge verbleibt. Außerdem war

eine geringe Erhöhung für die einzelnen Gruppen gefordert. Die Arbeitgeber erklärten sich jedoch gegen die Aufhebung der Kriegszuschläge und wurden hierin durch die Herren Regierungsvertreter sämtlicher Bundesstaaten unterstützt. Auch wurde die Gültigkeitsdauer des neuen Tarifs in die Debatte gezogen und schließlich in den Vordergrund gestellt. Nach längerer Aussprache zogen sich unsere Vertreter zurück und gaben nach Wiedereröffnung der Sitzung die Erklärung ab, daß wir dem Wunsche der Unternehmer, den Vertrag auf die Dauer bis sechs Monate nach dem Kriege abzuschließen, nicht stattgeben können, weil dieser Termin für das Rüstungsgewerbe die denkbar ungünstigste Zeit und nicht geeignet für den Abschluß eines neuen Vertrags sein wird. Auch sei die Kriegslage und somit der Zeitpunkt des allgemeinen Friedens noch so ungeklärt, daß wir uns auf eine solche Formel nicht einlassen können. Wir erklärten uns bereit, den Vertrag bis 30. September 1919 zu verlängern. Die Forderung auf Einrechnung der Kriegszuschläge ließen wir fallen, verlangten aber dafür eine Verbesserung der Mindestzeitlöhne. Nach der Mittagspause wurde auf Wunsch des heftischen Regierungsvertreters, des Bundesratsmitglieds Herrn Oberregierungsrat Mathias, die Materie der

**Heimarbeit** behandelt. Hier wurde unsererseits gefordert, die Bestimmungen des Reichstarifs endlich in Kraft zu setzen und das Kriegsprotokoll, das die einengenden Bestimmungen dieses Paragraphen für die Kriegszeit aufhebt, in diesem Punkte zu löschen. Diese bescheidene Forderung gab eine Heimarbeitsdebatte alten Stils. Da die lange Dauer des Krieges sich bei Abschluß des Vertrags im Jahre 1915 nicht voraussehen ließ, gaben unsere damaligen Vertreter die Zustimmung zu der Aussetzung der Vertragsbestimmungen. Leider hat sich das Zwischenmeisterstück derart eingebürgert, daß es heute ein großer Krebsgeschwür für die Industrie darstellt. Die Unternehmer und auch die Behörden wollen jedoch auf die Heimarbeit nicht verzichten. Eine gänzliche Beseitigung war aber durchaus nicht gefordert, sondern nur eine gewisse Einschränkung. Schließlich wurde seitens der Behörden in Aussicht gestellt, eine bessere Kontrolle der Heimarbeitsbetriebe und der Zwischenmeister in Aussicht zu nehmen. Die Wiederaufnahme der

**Zeitlohndebatte** brachte die Verhandlungen auf den Höhepunkt. Die Behörden erklärten den Unternehmern gegenüber, daß sie eine Erhöhung der Fabrikatpreise nicht in Aussicht nehmen können. Die von uns geforderten Erhöhungen der Stundenlöhne bewegten sich zwischen 7 und 10 Pf., dabei die höchsten Zuschläge für die Arbeiterinnen. Auch waren Stundenlöhne für die jugendlichen Personen unter 17 Jahren aufgestellt, die jetzt durch den Tarifvertrag nicht erfasst werden. Die Unternehmer zogen sich hierauf zurück und gaben schließlich eine Erklärung ab, wonach ein und

zwei Pfennige zugelegt werden sollten. Wir hielten diesen Zugeständnissen gegenüber eine Debatte für unwürdig und hatten die Verhandlungen damit den toten Punkt erreicht. Ein Versuch unsererseits, die Verhandlungen abzubrechen und die Spezialkommissionen für die Neuregulierung der Stücklöhne in Tätigkeit treten zu lassen, brachte die große Ueberzeugung, daß die Unternehmer mit nicht mißzuerwartender Deutlichkeit erkennen ließen, daß die

**Steuerzuschläge** in der jetzigen Form der Stundenzuschläge beseitigt werden und dafür wieder die prozentuale Entschädigung nach dem Verdienst treten solle. Auch verlangten sie Herabsetzung der Stücklöhne für Papierartikel. Wenn wir bereit wären, dieser Zumutung zuzustimmen, wollten die Unternehmer die Artikel des alten Reichstarifs, soweit darauf nur mäßige Verdienste zu erzielen wären, etwas erhöhen. Wir enthielten uns jeder Äußerung diesen Zumutungen gegenüber, ist es doch das Höchste, was uns während des Krieges vorgekommen ist. Der Vorsitzende machte vergeblich den Versuch, einen neuen Termin für spätere Verhandlungen anzusehen. Da aber nicht die geringste Unterlage für die Weiterberatung in diesem Augenblick vorhanden war und wir kein Mandat hatten, auf der von den Unternehmern gestellten Grundlage zu verhandeln, wurde die Sitzung auf unbestimmte Zeit vertagt. Wir enthalten uns zur Stunde jedes Kommentars und dürfte die nackte Wiedergabe des Berichts über diese Verhandlungen genügen.

## Der Wille des Volkes.

Wie ein Alp drückt der nun schon 42 Monate währende Weltkrieg auf alle direkt am Kriege beteiligten und sogenannten neutralen Länder. Die breiten Volksmassen wünschen nichts sehnlicher als eine baldige Beendigung dieses graufigen Weltkriegen. Unbegreiflich ist es, wie jetzt noch Leute vom Schlage eines Wilson, Lloyd George, Clemenceau u. a. sich ins Zeug legen für einen Kampf bis zum endgültigen Siege. Darunter verstehen sie Abtrennung Elsaß-Lothringens und des linken Rheinufers. Daß davon auch bei deutschen Arbeitern gar keine Rede sein kann, müßte diesen Eroberern nachgerade klar sein. Aber auch in Deutschland sind Heimkrieger und Viertelskrieger für Hinauschieben der Grenzen nach Osten und Westen. Die Erkenntnis, daß solche Gelüste hüben und drüben kriegsverlängernd wirken, ist sowohl bei Arbeitern wie auch weit bis in bürgerliche Kreise hinein feststehend. Die Arbeiterchaft hält streng an dem, was sie bereits bei Ausbruch des Krieges erklärt hat, sie hält zur Verteidigung des Vaterlandes, ist aber gegen jede Gebietsabtretung, d. h. sie will weder Ländererwerb zugunsten Deutschlands, noch zugunsten irgendeines anderen Landes. Sie will einen Verständigungsfrieden. Deshalb haben die Arbeiter dem deutschen Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 und der Friedensresolution der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli 1917 zugestimmt. Befreiend wirkte der Funkspruch der Bolschewikis, mit Deutschland in Verhandlungen treten zu wollen,

um so mehr die deutsche Regierung sich bereit dazu erklärte. Die Mittelmächte haben ebenfalls ihre Zustimmung gegeben, so daß die Beratungen bald in Fluß kamen. Ob sie zum gewünschten Ziele kommen, läßt sich nach dem Verlauf der bisherigen Verhandlungen nicht sagen. Die Gegenstände scheinen trotz aller in verbindlichem Tone gehaltenen diplomatischen Äußerungen fast unüberbrückbar. Es ist hier nicht der Platz, zu untersuchen, wer von den Unterhändlern immer neue Schwierigkeiten aufbaut, nur das kann mit Bestimmtheit gesagt werden, Lenin und Trotski wollen jetzt einen Sonderfrieden zugunsten eines Allgemein-Friedens verhindern. Ob sie da im Sinne der Volksmehrheit handeln, ist bei dem russischen Durchgehen nicht zu entscheiden. Kurz gesagt, in Rußland güt und brodel es, niemand weiß, was daraus werden soll.

In Oesterreich sind die Arbeiter in einen Generalstreik getreten. Nach einwöchiger Dauer gab die Regierung einige Zusicherungen zu den aufgestellten Forderungen, worauf die Arbeit wieder aufgenommen wurde. In einigen englischen Industriestädten haben Mitte Januar Arbeiter der Munitions- und Waffenfabriken für einen annerkennungsfreien Frieden, auch durch umfangreiche Arbeitseinstellungen, demonstriert.

In Deutschland sind ebenfalls Kräfte an der Arbeit, die im Osten und Westen tiefgehende Grenzberichtigungen und Sicherungen verlangen. Sie sind Feinde jedes Verständigungsfriedens. Ihr Bestreben ist, in Preußen und Deutschland in jahrhundertalter Weise weiter zu regieren. Nicht dem Tüchtigen freie Bahn, sondern Verwaltung, Diplomatie und was alles damit zusammenhängt, muß dem Einfluß von Junkern, Schwerindustriellen und Kriegsgewinnlern unterstellt bleiben. Eine Demokratisierung könnte störend wirken, deshalb würden sie keinen Minister, keinen Reichskanzler, der ihre Auffassung nicht teilt. Sie sind Gegner eines freien, gleichen und geheimen Wahlrechts. Als treue Monarchisten rebellieren sie gegen die Einlösung der Opferpflicht, ihnen ist der König absolut, wenn er ihren Willen tut!

Diese von Tag zu Tag deutlicher werdenden Bestrebungen wirken geradezu aufreizend auf die breiten Volksmassen. Dazu kommt, daß die Berichte über die Friedensverhandlungen in Breit-Litowsk unter den Arbeitern den Anschein erwecken, als stehende die deutschen Unterhändler nicht ungewöhnlich auf dem Standpunkt der Reichstagsmehrheit. Auch die Art, wie im Preußischen Landtag die Wahrheitsvorlage behandelt wird, dazu der Belagerungszustand, das Warten der Zensur und die Ernährungschwierigkeiten, alle diese Momente haben zusammengewirkt, auch in Deutschland eine Atmosphäre zu erzeugen, die sich schließlich zu einer politischen Massenbewegung verdichtete und an mehreren Industrieteilen des Deutschen Reiches zu einer Arbeitsniederlegung führte, welche am 28. Januar ihren Anfang nahm und am 2. Februar beendet wurde. Weil diese Bewegung hauptsächlich innerpolitischen Motiven entsprang, verhielt sich die Generalkommission der Gewerkschaften völlig neutral, wohngegen die anderen Gewerkschaftsgruppen vor eine Beteiligung am Streik warnten. Leider hat die Regierung es abgelehnt, die in Berlin gewählte Kommission anzuhören, sondern wollte nur mit den Abgeordneten und Vertretern der Generalkommission verhandeln.

In München hat die sozialdemokratische Partei die Leitung übernommen, wofür ihr der Minister Dank öffentlich dankte. Auch in Kiel, Hamburg und anderen Orten nahm die Bewegung einen ruhigen Verlauf.

Den von scharfmacherischen Unternehmern ausgehaltenen Preßorganen kommen unliebsame Begleiterscheinungen gelegen, und es ist ihnen Wasser auf die Kegelmühlen.

Die Arbeiter haben in der Kriegszeit fast übermenschliche Opfer gebracht, sind zur Verteidigung des Landes auch in Zukunft bereit, ihre Pflicht und noch darüber hinaus zu tun. Andererseits verlangen sie aber auch ihr Recht, insbesondere wenn sie überzeugt sind, die Regierung kann es ihnen werden lassen, sobald sie den Einflüsterungen der Reaktionsäre keine Folge leistet.

Das Volk will den Frieden ohne Annexionen und Kriegsentwickelung, Einführung des freien, gleichen und direkten Wahlrechts für alle Männer und Frauen über 20 Jahre alt und schließlich gleichmäßige Versorgung mit Nahrungsmitteln.

Unsere Feldgrauen sollen bei ihrer Heimkehr von einem freien Deutschland aufgenommen werden. Jeder von ihnen ist berufen, sein Teil von der Demokratisierung des öffentlichen, politischen und wirtschaftlichen Lebens mit zu genießen. Die dazu notwendigen Vorarbeiten sind, wenn auch nicht leicht, von den Daheimgebliebenen zu bewältigen. Es wird schwer sein, aber es wird gelingen. Um so eher wird es gelingen, je enger und geschlossener, ungetrübt von jedem Bruderstreit, die deutsche Arbeiterschaft in dieser schicksalsschweren Zeit zusammenhält.

### Die Zentraltarif-Kommission für das Lederausrüstungsgewerbe Deutschlands

hielt am 8. Januar 1918, nachmittags 4 Uhr, unter Vorsitz des Handelsstammerpräsidenten Herrn Ostkar Weher eine Sitzung ab, die sich mit einer reichhaltigen Tagesordnung zu beschäftigen hatte. Neben dem bereits von uns veröffentlichten 15. Nachtrag zum Reichstaxtarif wurde beschlossen, die Beratungen über die Erneuerung des Reichstaxtarifs auf Sonnabend, den 2. Februar, vormittags 10 Uhr, in der Handelskammer anzuberaumen.

Ein geladen wurden dazu die Vereinigung deutscher Fabrikanten für Heeresausrüstung, der Verband der Sattler und Portefeuller, der Verband christlicher Ledearbeiter, der Gewerbeverein der Ledearbeiter, das Reichspr. Kriegsministerium, das Bekleidungs-Beschaffungsamt, das „Wumba“, das Kriegsmat. und die Kriegsministerien der Bundesstaaten.

Ueber folgende Punkte wurde dann verhandelt: I. Gegen ein Schreiben des Kriegsministeriums (Bekleidungsabteilung) vom 18. Dezember 1917, in welchem das Kriegsministerium zum Ausdruck bringt, daß Instandsetzungsarbeiten nicht unter die Bestimmungen des Reichstaxtarifs fallen, beschloß die Z. A. K. wie folgt zu antworten:

„Auf das gef. Schreiben vom 18. v. Mts. erwidern wir ergebenst, daß wir den darin vertretenen sachlichen Standpunkt nicht für zutreffend erachten können. Zu unserm Bedauern ist bei den dortseitigen Erhebungen unsere Kommission nicht gehört worden; wir sind davon überzeugt, daß, wenn dieses geschehen wäre, die Bekleidungsabteilung unsere Auffassung gebilligt hätte, da bei den Instandsetzungsarbeiten in großem Umfange Sattler beschäftigt werden. Wir behalten uns vor, bei den künftigen Verhandlungen über Verlängerung des Reichstaxtarifs auf die Angelegenheit zurückzukommen und bitten, bis dahin dorsetsits von einer endgültigen Stellungnahme abzusehen.“

II. Die Frankfurter Schl.-A. stellte sich auf den Standpunkt, daß die Firma Max Girsch den Reichstaxtarif nicht einhalten brauche, weil sie die Arbeiten vom städtischen Arbeitsamt übernommen habe. Auf die hiergegen eingelegte Berufung beschloß die Z. A. K., die Entscheidung bis auf weiteres auszuschieben, da die Zuständigkeitsfrage nicht geklärt ist. An das B. A. soll mit solat geschrieben werden:

„Hierdurch teilen wir ergebenst mit, daß zur Kenntnis der unterzeichneten Kommission gelangt ist, daß die Firma Max Girsch in Frankfurt a. Main sich weigert, für Ausführung von Arbeiten, die ihr vom städtischen Arbeitsamt aufgetragen sind, die reichstaxtarifmäßigen Teuerungszuschläge zu zahlen.“

III. Artzümlicher Weise wurde im Nachtrag 14 des Reichstaxtarifs unter 3d für Baum, Kanonast, 1.— Mf. Arbeitslohn festgesetzt, es sollte jedoch 1,90 Mf. heißen. Eine Anzahl Firmen haben nur 1.— Mf. bezahlt; infolge des Beschlusses muß Nachzahlung erfolgen.

IV. und V. Eine Anzahl Firmen hat gegen die Preisfestsetzung im Nachtrag 12, 13 und 14 (Papierstoffe) protestiert. Die Z. A. K. konnte dem nicht fragegeben und beschloß, den Firmen mitzuteilen:

„Auf Ihre uns zugegangene Beschwerde erwidern wir Ihnen, daß die Z. A. K. Ihren Anregungen keine Folge hat geben können, da von den Vertretern der Arbeitnehmer einer Aenderung der getroffenen Tarifbestimmungen widersprochen wurde. Die Arbeitgeberseite haben sich vorbehalten, gelegentlich der bevorstehenden Verhandlungen über Erneuerung des Tarifvertrages auf Ihre Beanstandungen zurückzukommen.“

VI. Eine Anfrage aus Nürnberg, ob die Arbeitgeber tariflich verpflichtet sind, Arbeitspausen zu bezahlen, wurde verneint, dagegen die Frage bejaht, daß die Teuerungszulage laut Nachtrag 13 des Reichstaxtarifs auf die tatsächlich gezahlten Löhne zu bezahlen ist, auch wenn diese die Minimallohne übersteigen.

VII. Die Arbeiter der Firma Heinrich Apell-Cassel weigerten sich, einzelne Gegenstände, deren Lohn tariflich geregelt ist, sie aber nicht bedient, anzufertigen. Darauf erhob die Firma Beschwerde, welche folgenbermaßen beantwortet wurde:

„Die Z. A. K. hat in ihrer Sitzung vom 8. d. Mts. festgestellt, daß die von Ihnen angezeigte Arbeitsverweigerung unbegründet und vertragswidrig ist. Von seiten der Arbeitnehmervertreter ist zugesagt worden, daß sie entscheidende Schritte tun werden, um die Innehaltung des Vertrages im vorliegenden Falle zu erwirken.“

VIII. Der Arbeiterausschuß der amtl. Schneidestelle Nürnberg beantragte eine Regelung der dortigen Arbeitsbedingungen. Es wurde beschlossen, den Antragstellern mitzuteilen, daß ihre Angelegenheit bei der Beratung über Erneuerung des Reichstaxtarifs geprüft werden soll. Des Weiteren soll der Nürnberger Ortsverwaltung des Verbandes

der Sattler und Portefeuller auf ihre Anfrage mitgeteilt werden, daß bei freier Lieferung von Rohmaterial die Arbeitgeber berechtigt sind, 3 Proz. vom Kriegszuschlag im Abzug zu bringen, auch wenn sie bisher Rohmaterial kostenfrei geliefert haben, jedoch nicht mit rückwirkender Kraft.

IX. Eine Anfrage der Verwaltung Bielefeld des Verbandes der Sattler und Portefeuller betr. Lieferung von Rohmaterial wurde wie unter VIII beantwortet. Als Schl.-A. für Bielefelder Streitfälle tritt die Schl.-A. Oberfeld in Kraft.

X. Die Wandabeker Sattler-Znning glaubte im Recht zu sein, wenn sie die Hamburger Schl.-A. für nicht zuständig für Streitfälle betradtet. Die Z. A. K. hat die Zuständigkeit der Hamburger Schl.-A. für Wandabek anerkannt.

### Bericht der 41. Sitzung der Schlichtungskommission für das Heeresausrüstungsgewerbe Groß-Berlins.

Unter dem Vorsitz des Herrn Wiederermann wurden am 17. Januar folgende Fälle verhandelt:

1. Die Firma Edm. Böhm u. Co. hat Vermittlerarbeiten aus Papierstoff (Nachtrag 14, Hof. 12) in etwas abgeänderter Form anfertigen lassen, indem an den Seiten Lederböden verwendet wurden, die Schmalle und Strippe sowie das Gelenkstück aber mit der Hand angebracht werden mußten, während diese Teile sonst nur angemietet waren.

Die Schlichtungskommission beschließt für die Mehrarbeit einen Zuschlag von 5 Pf. pro Tasche.

2. Auf Antrag des Sattler- und Portefeullerverbandes wird noch einmal der schon in der Sitzung vom 29. November 1917 behandelte Fall wider die Firma Heinrich Jordan verhandelt.

Wie Herr Schulze dazu ausführt, wird die Angabe des Firmenvertreters, daß die am 29. September erstmalig zur Auszahlung gekommene Zulage von der Firma als Teuerungszulage betradtet und in den Lohnabrechnungen als solche gesondert geführt würde, von den Arbeitern bestritten. Die Arbeiter sind in dem Besitz von Lohnkarten, die eine solche gesonderte Verrechnung auch erst vom Ende November, also nach der Schlichtungskommissionsverhandlung ausweisen. Dadurch werde die Angabe der Arbeiter, daß Ende September eine generelle Lohnerhöhung gewährt sei, gestützt. In diesem Falle müßte also den Arbeitern die Teuerungszulage außerdem gewährt werden. Ferner habe sich die Firma geweigert, die Zulage, die ab 1. September gezahlt werden müsse, von diesem Zeitpunkt ab nachzuzahlen. Die Lohnkarten werden der Schlichtungskommission vorgelegt.

Hierzu bemerkt der anwesende Vertreter der Firma, daß diese Karten, die nur als Ausweis für den Arbeiter gelten, für die Sache gar nicht von Bedeutung seien. Er habe sich auf die im Geschäft wöchentlich geführten Lohnabrechnungen bezogen, und da die Arbeiter im Wochenlohn stehen, dazu extra pro Stunde 30 Pf. als Teuerungszulage erhalten, gehe deutlich daraus hervor, daß es sich hier nicht um eine Lohnerhöhung, sondern ausschließlich um Teuerungszulage handle.

Da die vorgelegten Originalbogen der Firma diese Angaben ab 29. September bestätigen, ist der Anspruch der Arbeiter nicht begründet. Es bleibt nur bestehen, daß die Firma diese Teuerungszulage für die Zeit vom 1. bis 22. September nachzahlen hat.

Dieser Anspruch wird von dem Vertreter anerkannt und damit der Fall endgültig als erledigt betradtet.

3. Die Firma Jachs Nachf. hat eine Frau Reimann als Heimarbeiterin auf Geschloßförbe beschäftigt und ihr nicht den Tarifpreis gezahlt. Die Arbeiterin verlangt rund 500.— Mf. Nachzahlung für die Zeit vom 12. Juli bis Anfang Dezember 1917. Die Verhandlung ergibt die Nichtigkeit der gemachten Angaben. Da aber nicht zweifelstfrei festgestellt, wieviel Körbe der verschiedensten Art von Frau Reimann gefertigt sind, macht die Schlichtungskommission den Vergleichsvorschlag, daß Herr Noth, als Inhaber der Firma, 250.— Mf. an Frau Reimann nachzahle. Der Vergleich wird von beiden Parteien angenommen.

4. Erneut wird über die Beschlußkappe für Geschütze verhandelt, die bei der Firma Reinhardt zur Anfertigung gelangen, weil Herr Reinhardt gegen die Entscheidung der Kommission vom 12. November Einspruch erhoben hat. Nach längerer Auseinandersetzung wird von beiden Parteien der Preis von 1.— Mf. plus 20 Proz. pro Kappe angenommen.

5. Bei der Firma Willep wird das Brustblatt für schwere Pferde aus Papierstoff ganz mit der Hand genäht. Die Entscheidung der Schlichtungskommission geht dahin, daß für die beiden Außennähte und den Einfaß an den Strangträgerösen pro Zentimeter mehr Nacht 1 Pfennig, und wenn das Brustblatt dreimal genäht wird, für die Mittelnaht dreiviertel Pfennig an Lohn zu zahlen sind.

### Der Einfluß der Kriegskosten auf die Gesundheit.

Menschen, die mit offenen Augen durchs Leben gehen und die Dinge sehen wie sie sind, können unmöglich darüber im Zweifel sein, daß die unzureichende Kriegskosten, im ganzen genommen, keinen guten Einfluß auf die Gesundheit der Bevölkerung hat. Darüber sollten nach unserer Meinung ganz im besonderen die Ärzte nicht im Zweifel sein. Wenn erst der Krieg zu Ende ist, dann wird man darüber noch viele unerfreuliche Dinge erfahren. Trotzdem gibt es immer noch Ärzte, die da meinen, die Kriegskosten habe eine Besserung der Gesundheit zur Folge gehabt. So meldet die Zeitungs-Korrespondenz des deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke:

„Über den Einfluß der Kriegskosten auf die Gesundheit der Bevölkerung kommt Geh. Sanitätsrat Professor Dr. Rosenfeld (Breslau) in einem Artikel in der Frankfurter „Amschau“, Nr. 48 v. J., auf Grund von statistischen Veröffentlichungen zu einem günstigen Ergebnis. Die Kriegskosten bekomme trotz des für den Laien und den oberflächlichen Blick gegenteiligen Scheines im ganzen recht gut. Nach den Zahlenaufstellungen der etwa 120 000 Mitglieder umfassenden Breslauer Ortskrankenkasse sind von 1914 auf 1915 die Krankheitsfälle anteilmäßig um ein volles Viertel zurückgegangen. Ein ähnliches Bild bieten die Zahlen des Breslauer Statistischen Amtes in einer erheblichen Abnahme der Sterblichkeit im allgemeinen, wie einiger wichtigen Krankheitsgruppen im besonderen, namentlich der Herzleiden, Schlagadernverkalkung, Geisteskrankheiten, selbst der Puderkrankheit, ferner der Alkoholkrankheiten. Die Todesfälle an „Alkoholismus“ sind sogar um 70, die trunkverursachten Geistesstörungen um 85 v. G. gesunken. Ein Fall von Säuerwahnstinn ist in den beiden Breslauer Nervenkliniken seit einem Jahr überhaupt nicht mehr vorgekommen. Diese Besserung des Gesundheitszustandes auch, trotzdem heute durchschnittlich mehr gearbeitet wird als in Friedenszeiten. Die Erklärung für diese zunächst erstaunliche erfreuliche Erscheinung findet der Verfasser einerseits in der „großen Einschränkung des Alkoholverbrauches, welche es bewirkte, daß in einer so sorgenvollen Zeit selbst Herzleiden besser ertragen wurden und Geisteskrankheiten abnahmen“, andererseits eben in der Art und Zusammensetzung der Kriegsernährung. Professor R. weist darauf hin, daß auch in Berlin mit seinen ungünstigeren Ernährungsbedingungen ähnliche statistische Beobachtungen gemacht wurden. Die Alkoholtodesfälle im besonderen haben sich hier in den Jahren 1912 bis 1916 in folgender Weise vermindert: 68, 63, 54, 37, 25, und zwar im wesentlichen bei den Männern — die Frauenzahlen sind sich etwa gleich geblieben, sind aber zu klein, um irgend schlüssig zu sein.“

Wir wollen selbstverständlich nicht bestreiten, daß der Mangel an alkoholischen Getränken sowie deren Beschaffenheit auf die Alkoholkrankungen und Geisteskrankheiten einen günstigen Einfluß ausgeübt haben. Denn soviel kann von dem heute als „Alkohol“ zum Verkauf kommenden Geißt kein Arbeiter trinken, daß er zu befürchten braucht, davon eine Alkoholkrankung zu bekommen und andere Personen als Arbeiter sind in der Regel bei Ortskrankenkassen nicht versichert. Aber es heißt doch gegen offenkundige Tatsachen blind sein, wenn man aus dem anteilmäßigen Rückgang der Krankheitsfälle auf eine allgemeine günstige Wirkung der Kriegskosten schließen will. Heute muß schon jemand schwer krank sein, bevor er einen Arzt in Anspruch nimmt, schon deshalb, weil heute der Lohnausfall bei Krankheit weit fühlbarer ist als vor dem Kriege, dann aber auch, weil heute der starke Mangel an Ärzten und auch das oft recht wenig lebenswürdige Auftreten der Ärzte von ihrem Besuch abschrecken. Die Folgen dieser Dinge werden sich nach dem Kriege zeigen. Schließlich darf man auch nicht vergessen, daß die Ernährung von 1916 und 1917 mit der von 1915 nicht zu vergleichen ist.

In diesem Jahre wird die Statistik wohl keine Abnahme der Sterblichkeit ergeben. Da nun solche mit den offenkundigen Tatsachen in Widerspruch stehenden Behauptungen den Unternehmern sehr leicht die Begründung für Lohnherabsetzungen liefern könnten. — Wenn die unzureichende Kriegskosten so günstig wirkte, liege es ja nahe, sie dauernd beizubehalten.

Dagegen wird sich allerdings die gesamte Bevölkerung wenden und deshalb schon heute unser Einspruch.

### Korrespondenzen.

Dresden. (E. 26. 1.) Am 22. Januar tagte im Volkshaus unsere Generalversammlung. Kollege Müller wies zunächst darauf hin, daß infolge der hohen Kosten ein gedruckter Jahresbericht diesmal nicht erscheint. Er gedachte dann in ehrenvollen Worten

der Opfer des Krieges und der verstorbenen Mitglieder. Die Verammelten erhoben sich von den Plätzen.

Dann erstattete Koll. Eisner den Jahresbericht. Eingangs seiner Ausführungen streifte er die Entwicklung der Ortsverwaltung im Jahre 1917, die zu der Hoffnung berechtigt, daß es auch fernerhin gelingen wird, die Interessen der Mitgliedschaft wirksam zu vertreten. Eingehend besprach der Redner die Erfolge der Lohnbewegungen. Obwohl ein Reichstarif für das Lederausrüstungsgewerbe besteht, gelang es zweimal, Verbesserungen vorzunehmen. Erstmals wurden nur die Grundlöhne für Lohnarbeiter aufgebessert, doch traten am 1. September wesentliche Zulagen für die Gesamtheit der Militärsattler in Kraft. In der Treibriemenbranche gelang es ebenfalls, eine annehmbare Zulage durchzusetzen, doch schwebten am Ende des Jahres Verhandlungen betreffs einer weiteren Zulage in dieser Branche. Zu umfangreichen Verhandlungen kam es mit einigen Fabrikanten, die es verstanden hatten, bis jetzt den Tarif zu umgehen, in einigen Fällen mußte Beschwerde bei der Rgl. Feldzeugmeisterei geführt werden. Die Schlichtungskommission tagte dreimal, acht Streitfälle standen zur Verhandlung. In zwei Fällen kam es zu einem Vergleich, in den anderen Fällen wurden die Fabrikanten zur Nachzahlung resp. zur Einhaltung des Tarifes verpflichtet. Einmal wurde auch der Schlichtungsausschuß des Vaterländischen Hilfsdienstes zur Vermittlung angerufen. An 17 Kartellbezirke

Eine Gewerkschaft wird ihre Aufgaben und Zwecke um so gründlicher erreichen, je stärker sie ist, das heißt je mehr Arbeitsgenossen aus dem gleichen Arbeitszweige sie umfaßt, je geschickter ihre Leitung ist, je gefällter ihre Kassen sind. Alsdann ist auch schon ihre moralische Macht so stark, daß viele Zumutungen gegen die Arbeiter unterbleiben, die andernfalls gestellt würden. Die bloße Existenz einer starken Gewerkschaft ist eine Mahnung an den Unternehmer, die Satten nicht zu straff zu spannen, da ferner in der Fabrik und im gewerblichen Betriebe Arbeiter ohne Unterschied der religiösen und politischen Ueberzeugung, oft auch von verschiedener Nationalität beschäftigt werden, so muß die Gewerkschaft ihre Mitglieder ohne Rücksicht auf religiöse oder politische Meinungen und nationale Abstammung aufnehmen. Zusammenkommen aller vorhandenen Gewerkschaftsgenossen in eine Organisation muß das erste Gebot ihrer Politik sein, denn ohne Befolgung dieses Grundgesetzes kann sie ihre Aufgabe nicht oder nur ungenügend erfüllen.

August Bebel im Jahre 1900.

in Sachen wurde eine Anfrage gerichtet, ob Militärarbeit in größerem Umfange in diesen Bezirken angeferdig wird, in den meisten Bezirken waren die Betriebe schon wieder eingegangen. Werkstattversammlungen fanden 29 statt, ferner 7 Mitglieder- versammlungen, 15 Vorstandssitzungen und sechs Vertrauensmännerversammlungen. Im Gau Görlitz wurden sechs Versammlungen notwendig. Der Besuch der Versammlungen war im allgemeinen gut, belehrende Vorträge wechselten mit der Beratung wichtiger Berufsfragen ab. Die Sattlerinnung zu Dresden ist in einem umfangreichen Schreiben ersucht worden, zu prüfen, ob es nicht möglich ist, daß die Lehrlinge während der Lehrzeit eine höhere Entschädigung erhalten. Dazu hat sie sich bereit erklärt. Redner streifte dann in seinen weiteren Ausführungen die Wirkung des Hilfsdienstgesetzes und konnte mit Recht darauf hinweisen, daß es ein Verdienst der General-Kommission ist, wenn das Gesetz in dieser Form in Kraft getreten ist, ohne diese Mitarbeit würde es wohl sehr traurig aussehen. Auch das angeforderte Bemühen der Unternehmer-Organisationen, das jetzt Bestehende zu ändern, zeigt zur Genüge, daß die Behauptungen von gewisser Seite, das Gesetz sei nur ein Schutz der Unternehmer, irrig ist.

Eine sehr wichtige Frage, die das Verbandsleben stark berührte, war die Regelung der Beitragsfrage. Einstimmig wurde beschlossen, ab 1. Oktober den Beitrag um 15 resp. um 10 Pf. zu erhöhen. Die Beteiligung an der Abstimmung über die Erhöhung des Zentralbeitrages war nicht zufriedenstellend, doch sind nur wenige Stimmen gegen die Beitragserschöpfung abgegeben worden. Um auch den eingezogenen verheirateten Kollegen wieder eine Weihnachtsumterstützung gewähren zu können, wurde beschlossen, für acht Wochen (Dezember und Januar) einen Extrabeitrag von 50 Pf. für männliche und

25 Pf. für weibliche Mitglieder zu erheben. Die Hauptkasse schloß mit einer Einnahme und Ausgabe von 10 672,68 Mk. ab, 6500 Mk. konnten davon der Hauptkasse zugeführt werden. An Unterstützungen wurden rund 1100 Mk. ausgezahlt. Die örtliche Verwaltung weist eine Einnahme und Ausgabe von 4599,14 Mk. auf. Die Lokalkasse hatte einen Kassenbestand von 5407,13 Mk. am Anfang, und 5147,74 Mk. am Schlusse des Jahres, an die Frauen der eingezogenen Kollegen sind 1176 Mk. Weihnachtsumterstützung ausgezahlt worden.

Aufnahmen wurden insgesamt 452 gemacht, die Mitgliederzahl stieg von 399 am Anfang des Jahres auf 647 am Schlusse desselben, davon waren 240 weibliche Mitglieder. Die Frauenarbeit hat fast in allen Betrieben unseres Berufs bedeutend um sich gegriffen, doch ist es fast überall gelingend, die Fabrikanten zu verpflichten, den Arbeiterinnen auch den vollen Tariflohn zu zahlen. Zum Militär sind 620 Kollegen abgemeldet, das sind 50 Kollegen mehr, als die Ortsverwaltung bei Kriegsausbruch Mitglieder zählte. Die Lehrlingsabteilung ist bis auf 4 Mitglieder zurückgegangen, doch ist auch hier wieder ein Aufschwung zu erwarten. Mit einem wesentlichen Teil der Kollegen im Felde stehen wir in enger Fühlung und erhalten diese laufend die Nachrichten zugestellt. Nach einem kurzen Rückblick auf die erfreuliche Aufwärtsentwicklung der Gewerkschaften im allgemeinen im Jahre 1917, ermahnte Kollege Eisner die Anwesenden, auch in Zukunft kräftig für den weiteren Ausbau der Organisation zu sorgen, es gelte noch große Aufgaben in der Zukunft zu lösen. Das sozialpolitische Arbeiterprogramm, was die General-Kommission aufgestellt und den Reichsbehörden vorgelegt hat, zeigt, welche eminent wichtigen Aufgaben uns bevorstehen, wir werden diese nur lösen können, wenn es gelingt, auch in Zukunft die Gewerkschaften zu erhalten und weiter auszubauen.

Anschließend hieran nahm die Versammlung die Abrechnung vom 4. Quartal entgegen, die Revisoren bestätigten deren Richtigkeit. Anträge waren nicht eingegangen. Bei der nun stattfindenden Neuwahl des Vorstandes wurden sämtliche Kollegen wiedergewählt, für einen zum Militär eingezogenen Kollegen wurde ein Ersatzmann gewählt.

Im allgemeinen kam es zu einer Aussprache über die ungenügende Lebensmittelversorgung, und glaubte ein Kollege die Gewerkschaft resp. das Gewerkschaftskartell dafür verantwortlich zu machen. Von seiten des Vorstandes wurde dieses zurückgewiesen. Die Versammlung war von 160 Kollegen und Kolleginnen besucht.

Halle a. S. (E. 28. 1.) Am 11. Januar fand unsere ordentliche Generalversammlung im Gewerkschaftshaus statt, welche der Vorsitzende um 8 1/2 Uhr eröffnete. Unter Eingänge und Mitteilungen gab er bekannt, daß hier am Orte ab 1. Januar der Beitrag für männliche 80 Pf. und für weibliche Mitglieder 45 Pf. inkl. Lokalzuschlag betrage. Der Genannte sprach gleichzeitig allen Spendern, die die Sammelliste zur Weihnachtsumterstützung für die Kinder unserer heldenbraven Kollegen unterfertigt haben, seinen herzlichsten Dank aus. Ein Fehlbetrag von 9 Mk. mußte zu dieser Unterstützung aus der Lokalkasse entnommen werden, welches die Versammlung bewilligte. Ein Preisauschreiber vom Knopfmuseum (Oesterreich) für Kriegsschädigte ließ man zirkulieren. Desgleichen gab der Vorsitzende die Antwort des Zentralvorstandes betreffs Kriegsanleihe bekannt.

Zum 2. Punkt gab der Kassierer die Abrechnung vom IV. Quartal. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von 708,25 Mk., demgegenüber eine Ausgabe von 400,05 Mk. Die Lokalkasse hatte einen Bestand von 1378,45 Mk. Am Schlusse des Jahres waren 74 männliche und 60 weibliche Mitglieder am Orte. An Extrabeiträgen zur Unterstützung unserer heldenbraven Kollegen sind vom 10. März v. J. an eingegangen 212,10 Mk. Es haben erhalten, 29 auf Urlaub gekommene Kollegen à 3 Mk., gleich 87,— Mk. Bleibt ein Bestand von 125,10 Mk. Für die Frauen unserer heldenbraven Kollegen ist aus der Lokalkasse eine Weihnachtsumterstützung gezahlt worden. Und zwar für 43 Frauen à 5 Mk. gleich 215 Mk., sowie für 49 Kinder à 2,50 Mk. gleich 122,50 Mk., wovon die Sammelliste 113,50 Mk. ergeben hatte.

Zum 3. Punkt gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Im verfloffenen Jahre fanden 12 Vorstandssitzungen, 2 Generalversammlungen, davon eine außerordentliche und 9 Mitgliederversammlungen statt. Vorträge haben stattgefunden: Kollege Buch „Das Hilfsdienstgesetz“, Genosse Hilbrand „Die Gewerkschaften vor, während und nach dem Kriege“, Kollege Sommer „Zeigwerke Jena“, Genosse Hennig „Selbstverwaltung der Gewerkschaften“. Ferner fanden 2 Gewerkschafterversammlungen vom Gewerkschaftshaus statt. Der Mitgliederbesuch der Versammlungen im Jahr ließ so manches zu wünschen übrig.

Kartellstiftungen haben 6 stattgefunden, wovon sich eine mit der Erhöhung des Beitrags befahte, welcher vom 1. 7. 17 pro Jahr und Mitglied auf 1 Mk. (bis dahin 80 Pf.) für männliche und 0,60 Mk. (bis dahin 40 Pf.) für weibliche Mitglieder erhöht wurde. Ein Ausflug nach Merseburg hat stattgefunden. Derliche Lohnbewegungen haben nicht stattgefunden, mit Ausnahme einiger, welche auf die zu knappe Lebensmittelzuteilung gehen mußten, bei direkter Arbeitseinstellung, wo in 3 Fällen mit dem Magistrat, Vordrat und der Militärbehörde verhandelt wurde. Ferner ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, die Extrabeiträge besser zu entrichten, da wir die Unterstützung, welche wir von den Beiträgen leisten, unseren Kollegen im Felde doch schuldig sind, welche eine Summe von 3 Mk. beim Kassierer, wenn sie auf Urlaub kommen im Jahr einmal erheben können. Am Schluß des Berichtes dankte der Vorsitzende den gesamten Vorstandsmitgliedern für die Mitarbeit und forderte die Versammlung auf, sich künftig mehr am Berufsleben zu betätigen.

Der 4. Punkt, Neuwahl der Ortsverwaltung, ergab: 1. Vorsitzender Jänide, 1. Kassierer Stage, Schriftführer Schmidt, 2. Vorsitzender Reddig, 2. Kassierer Zwarg, Kartellbeisitzer Krämde und Reddig, Stellvertreter Jänide, Arbeitsnachweisführer Schauberg, Beisitzerin Fr. Kaiser, Gesellschafter vom Gewerkschaftshaus Jänide, Revisoren Schauberg und Nebelung, Schlichtungskommission Dietrich und Meißner, ungünstiges Auswahnglied für das Hilfsdienstgesetz Naufe.

Zum 5. Punkt wurden die Entschädigungen geregelt. Der 1. Vorsitzende erhält pro Quartal 7,50 Mk., der 1. Kassierer 2 Proz. der Einnahme, Schriftführer 3 Mk. pro Quartal, Beitragskassierer 1 1/2 Pf. pro Marke, für Vorstandssitzungen pro Mann 75 Pf., Kartellstiftungen 1 Mk., Abrechnungen 50 Pf. Ferner finden die Versammlungen jeden 2. Freitag im Monat im Gewerkschaftshaus statt. Hierauf gibt Koll. Krämde den letzten Kartellbericht und Koll. Jänide den Jahresbericht vom Wollspart, welcher mit einem Gewinnkonto 1916/17 von 5015,14 Mk. abschließt, hingegen im Vorjahre 1915/16 mit 2944,51 Mk., welches jetzt als ein gutes Resultat anzuerkennen ist, wogegen in Friedenszeiten fast mit einem Defizit gerechnet werden mußte. Außerdem wurde vom Vorstand ein Nachtrag zum Ortsstatut vorgelegt, welcher besagt: Nachtrag zu § 2 als Abs. e zum Ortsstatut der Lokalkasse Halle-S.: „Weibliche Mitglieder erhalten dieselben Unterstützungen wie die männlichen, aber nur die halbe Summe.“ Gültig vom 1. Januar 1918. Selbiger wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. Um 11 Uhr war Schluß der Versammlung. Anwesend waren 80 männliche und 10 weibliche Mitglieder.

**Sonneberg i. Th. (E. 25. 1.)** Eine leider schwach besuchte Versammlung fand am Dienstag, den 22. Januar, abends 1/2 7 Uhr, im Lokal „Rinder Hof“ statt. Gauweiler H. Wusch referierte über das Thema: „Was wir wollen, was wir sollen!“ Redner wies in einem reichhaltigen Material auf den Zweck und Nutzen der Organisation hin. Auch in Sonneberg regt sich energisch der Gedanke der Organisation. So haben am letzten Sonntag die Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten, die Lehrer und Geistlichen sich zu einer gemeinsamen Beamtenorganisation zusammengeschlossen. Einigung heißt das Zauberwort. Wenn diese Kreise zur Wahrnehmung ihrer Interessen sich zusammenschließen, dann hat es die Arbeiterschaft am Orte weit eher nötig. Die Glendslöhne, welche in Friedenszeiten in der Sonneberger Spielwarenindustrie gezahlt wurden, müssen bejeitigt werden. Durch die Anfertigung von Militär-Leberausrüstungsgegenständen hat die Arbeiterschaft unserer Industrie auch den Nutzen des Reichstaxi-Vertrages in Sonneberg erfahren. Wie die Unternehmer am Werke sind, die Löhne wieder herabzudrücken, beweise die Eingabe der Sonneberger Handelskammer. In einer Eingabe an die Militärbehörde wurde um Herabsetzung der Tariflöhne in der Geschloßforindustrie ersucht. Es würden in Sonneberg und Umgebung 100 Mk. die Woche und mehr beim Flechten von Geschloßforben verdient. Auf Unterfuchung durch die Militärbehörde stellte sich heraus, daß der von der Handelskammer angegebene Heimarbeiter mit drei Personen zusammen diesen Verdienst erzielt hatte. Die Beschwerde der Handelskammer wurde als unbegründet zurückgewiesen. Auch unsere Kollegen und Kolleginnen müßten auf der Hut sein. Durch die Teilarbeit versuchen die hiesigen Unternehmer den richtigen Tariflohn zu umgehen. Wollen die Arbeiter und Arbeiterinnen in ihrem Verdienst nicht geschädigt sein, so müssen sie treu zum Verbände halten.

Im Laufe der Versammlung gab Kollege Bergbold den Kassenbericht. Als Vorsitzender wurde Kollege Rudolf Lange, als Kassiererin Kollegin Emilie Greiner gewählt. Die Verwaltungsstelle zählt 75 Mitglieder.

### Aus unferem Beruf.

**Vorsicht bei Verwendung von Kriegserfab-Klebstoff.** In einer Berliner Kofferfabrik passierte dem Werkführer ein eigenartiger Unglücksfall, der wohl der chemischen Zujammensetzung des Erfab-Klebstoffes zuzuschreiben ist. Der Klebstoff wird in einem bedeckten Faße aufbewahrt. Um sich zu überzeugen, wie groß noch der Zinhalt sei, leuchtete der Werkführer mit einem Streichholz hinein. Plötzlich entzündeten sich Gase und eine Stichflamme verbrannte ihm Bart und Gesichtshaut. Auch die Sehkraft des rechten Auges ist arg gefährdet. Vorsicht ist am Platze!

### Streiks und Lohnbewegungen.

Die Dreibriemenarbeiter der Firma Fr. Stephan in Mühlhausen in Th. haben ohne Arbeitsniederlegung eine erfolgreiche Lohnbewegung durchgeführt, indem sie sich mit dem Unternehmer dahin einigten, den Mindestlohn für die Lederarbeitsindustrie auch auf die Dreibriemen anzuwenden. Danach erhalten die Sattler einen Mindestlohn von 1,15 Mk., Hilfsarbeiter 0,79 Mk., Arbeiterinnen 25—28 Pf. die Woche, jugendliche Arbeiter 20—30 Pf. die Woche.

### Rundschau.

§ 153 R.G.O. in der Praxis. Nach der Kriminalstatistik für das Deutsche Reich ist, wie die „Soziale Praxis“ schreibt, in der Zeit von 1903 bis 1912 „wegen Beeinträchtigung der Koalitionsfreiheit gewerblicher Arbeiter“ insgesamt gegen 10536 Personen Anklage erhoben worden. Von diesen wurden 6373 verurteilt, 4163 Personen freigesprochen. An Strafen wurden verhängt: Zuchthaus (Zuzahstrafe) gegen 1 Person, Gefängnis von 3 Monaten gegen 29 Personen = 0,46 v. H. aller Verurteilten, Gefängnis von 1 bis unter 3 Monaten 372 Personen = 5,8 v. H. aller Verurteilten, Gefängnis von 8 bis unter 30 Tagen 1397 Personen = 23,6 v. H. aller Verurteilten, Gefängnis von 4 bis unter 8 Tagen 1962 Personen = 32,3 v. H. aller Verurteilten, Gefängnis weniger als 4 Tagen 2539 Personen = 40,0 v. H. aller Verurteilten. Mit Geldstrafe wurden bestraft 40, mit Haft 1 und mit Verweis 32 Personen. Auf den Durchschnitt dieser zehn Jahre entfallen somit 637 verurteilte Personen. In den kampfreichen Jahren 1906 und 1912 wurde dieser Durchschnitt erheblich überschritten (1096 bzw. 934 Verurteilte). Mit der Zahl der in bestrittenen Betrieben beschäftigten Personen — nach Maßgabe der hier freilich, wie bekannt, sehr ansprechbaren amtlichen Statistik — in Beziehung gebracht, ergibt sich, daß 1906 1,6 v. T. der Beschäftigten und 4,03 v. T. der Streikenden aus § 153 verurteilt wurden; 1912 waren es 1,1 bzw. 2,3 v. T. Die Zahl der Freisprechungen war mit 39,5 v. H. in der Zeit von 1903 bis 1912 auffallend groß. Die angeführten Ziffern beweisen, daß selbst in den engen Maschen des § 153 unsere disziplinierte deutsche Arbeiterschaft bei ihren Kämpfen sich nur verhältnismäßig sehr selten verfangen hat. Gerade deshalb aber verdient dieses Ausnahmengesetz beseitigt zu werden; es ist durch die Erziehungsarbeit der Organisationen überholt und trifft den einzelnen, wo es noch zu Strafen führt, mit einer Schärfe, die in keinem Verhältnis zu dem staatlichen Interesse an der Unterlassung des Deliktes steht.

**Ein Sekretariat für ostjüdische Arbeiter.** Für die in unserem Gewerbe tätigen Kollegen aus Warschau usw. dürfte folgende Notiz von Interesse sein: Zur Wahrung der Interessen der aus dem Okkupationsgebiete nach Deutschland eingewanderten jüdischen Arbeiter ist in Berlin ein Sekretariat für ostjüdische Arbeiter ins Leben gerufen worden.

Die Aufgaben des Sekretariats sind: Aufnahme von Beschwerden und Gewährung von Rechtsschutz, Auskünfte über Arbeitsvermittlung, Zuführung der jüdischen Arbeiter an die betreffenden Berufsorganisationen wie überhaupt jede Wahrnehmung ihrer Arbeitsangelegenheiten. Das Sekretariat wird vom Genossen J. K. Kornfeld geleitet. Die jüdischen Arbeiter können sich mit dem Sekretariat direkt oder durch Vermittlung der lokalen Arbeitersekretariate in Verbindung setzen. Die Korrespondenz kann in deutscher, jiddischer oder polnischer Sprache erfolgen. Das Bureau des Sekretariats, welches seit dem 1. Januar 1918 seine Tätigkeit aufgenommen hat, ist der Generalkommission der Gewerkschaften angegliedert und befindet sich im Gewerkschaftshaus, Berlin SO. 16, Engelauer 15 IV, wozu auch alle Zuschriften zu richten sind.

### Briefkasten der Redaktion.

Wegen Stoffmangels mußten mehrere Versammlungsberichte zurückgestellt werden.

### Adressenänderungen.

- Sonneberg i. Th. B. Rudolf Lange, Dreh 121.
- K. Emilie Greiner, Weß 1.
- Düffelborf. B. Reinhard, Kronenstr. 37. K.
- Fr. Engler, Nachener Str. 35.
- München. B. Hans Röhmer, Parkstr. 28 II.
- Karlsruhe. B. Friß Stoll, Rudolfstr. 24. K.
- A. Schuh, Schürberstr. 91.

### Sterbetafel.

Als Opfer des Weltkrieges fielen unsere Mitglieder:

- Willy Reich, Berlin, 25 Jahre alt.
- Mag Köhler, Chemnitz, 23 Jahre alt.

Berlin. Am 21. Januar d. J. verstarb unser Mitglied Otto Wolf, 30 Jahre alt an Lungenerleid.

Kaiserlautern. Am 17. Januar d. J. verstarb infolge Blutsturzes unser Mitglied Georg Gonia im Alter von 85 Jahren.

Offenbach a. M. Am 19. Januar verstarb unser Mitglied, der Portefeuller Michael Stod, 55 Jahre alt.

Am 21. Januar verstarb unser Mitglied Katharina Schroh, 21 Jahre alt.

Am 23. Januar verstarb unser Mitglied, der Lederpreiser Hieronymus Gehringer, 51 Jahre alt.

Düffelborf. Im Alter von 21 Jahren verstarb infolge Lungenerleidens unser Mitglied Johann Tenhäf.

Ehre ihrem Andenken!

Wir suchen

## Sattler und Sattlerinnen.

### C. Leschen & Co.,

Fabrik für Militär-Leberausrüstung, Köln-Nippes, Geldernstr. 46.

Geübte Koifermacher auf Holz- und Hochkoffer verlangen **Stöhr & Co.,** Berlin, Elisabethufer 53.

Geübte Täschner auf Reisetaschen verlangen **Stöhr & Co.,** Berlin, Elisabethufer 53.

Vorrichter auf Rohrplattenkoffer verlangen **Stöhr & Co.,** Berlin, Elisabethufer 53.

## Sattler

auf Militärarbeit (Tornier, Patronentaschen und dergl.) für dauernde Beschäftigung gesucht.

**Richard Hänel, Militäreffektenfabrik,** Dresden, Billniger Str. 5.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität **Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.**

— Gegründet 1880. —  
Preislisten S. P. gratis und franko.

## Bett-Federn

Zarte Füllfedern p Pfd. Mk. 3,—, Halbdaunen Mk. 3,75, do. zart und weich Mk. 4,50.

### Gänse-Federn

Feine weiße Halbdaunen Mk. 8,50, hochfeine sibirische Mk. 9,50 b. Mk. 16,—, Schließfedern Mk 7,50, weich und daunenreich Mk. 8,75, graue Daunen, schwelend, Mk. 9,—, weißer Daunenflaum Mk. 14,— b. Mk. 23,—, 3—4 Pfd. f. eine Decke. Must. u. Katal. frei. Nichtgefallend, Geld zurück. 60000 Kunden, 20000 Dankschreib. Bettfederngroßhandlung **Th. Kranfuß, Kassel 175,** Aeltestes und größtes Versandhaus daselbst.